Fraktion der Christlich-Sozialen Union
im Stadtrat zu Nürnberg

CSU

CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER
17. MAI 2006 / Nr.
VI | 1 Zur Kts. | 3 Zur Stellungnahme | 4 Antwort vor Absendung vorlegen | 2 z.w.V. | 5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Wolff´scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 – 2907
Telefax: 09 11 / 231 – 4051
Mail: csu@stadt.nuernberg.de
www.csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de

BAUREFERAT
17. MAI 2006
1 Zur Kts. | 3 Stellungnahme | 4 Antwort zur Unterschrift vorlegen | 2 z.w.V. | 5 Termin:

nrm/16.05.06
Böhm

Umgestaltung der Boxdorfer Hauptstrasse

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach umfangreichen Kanalbaumaßnahmen soll die Boxdorfer Hauptstrasse saniert und umgestaltet werden. Zur Vorstellung der Planungen des Tiefbauamts hat bereits ein Bürgergespräch stattgefunden, an dem ca. 100 Anwohner teilgenommen haben. In diesem wurde deutlich, dass der vorgelegte Plan bei Anliegern und Bevölkerung durchwegs auf Ablehnung stößt. Insbesondere die geplanten Engstellen, Parkbuchten und Verkehrsinseln wurden abgelehnt.

Für die CSU-Fraktion stelle ich deshalb zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

1. Der bereits vorgelegte Straßenplan der Boxdorfer Hauptstrasse wird überarbeitet und dabei die Anregungen und Wünsche der Anwohner mit einbezogen.
2. Beim Umbau der Boxdorfer Hauptstrasse wird auf den Einbau von Engstellen und Verkehrsinseln verzichtet. Eine Behinderung des fließenden Verkehrs durch bauliche Maßnahmen erfolgt nicht.
3. Die Verwaltung bezieht in ihre Planung kostengünstigere Maßnahmen, um den Charakter einer Zone 30 herzustellen und den Verkehr zu verlangsamen (z. B. Rechts-vor-Links-Regelung) mit ein.

Begründung:

Die vorgelegte Straßenplanung wird von den Anwohnern abgelehnt. Insbesondere wird eine Behinderung des fließenden Verkehrs durch den Einbau von Verkehrsinseln und Engstellen abgelehnt, da Omnibus, Müllabfuhr und LKWs bereits jetzt schon Probleme mit dem Durchkommen haben. Zudem sind derartige Maßnahmen kostenintensiv und sollten den Anwohnern, die diese zum größten Teil zu bezahlen haben, gegen ihren Willen nur auferlegt werden, wenn es keine anderen Möglichkeiten gibt.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Frieser
Fraktionsvorsitzender

Vol Nr.
17. Mai 2006
D | EUR